



Der Minister

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

An die
Präsidentin
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Innenausschusses



05. September 2014

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-3225

Telefax 0211 871-3231

**Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales zu Einsatz
der Polizei aus Anlass demonstrativer Aktionen in Dortmund am
23. August 2014**

Anlagen: - 60 -

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

in der Sitzung des Innenausschusses am 28.08.2014 wurde vereinbart,
dass die Mitglieder des Innenausschusses durch das Ministerium für
Inneres und Kommunales ergänzend zur Darstellung im Rahmen der
Aktuellen Viertelstunde zum Thema „Polizisten in Dortmund von
Linksautonomen mit Chemikalien angegriffen“ informiert werden.

Daher übersende ich Ihnen anliegend den Sprechzettel „Bericht des
Ministeriums für Inneres und Kommunales zum Einsatz der Polizei aus
Anlass demonstrativer Aktionen in Dortmund am 23. August 2014
(Stand: 28.08.2014, Aktuelle Viertelstunde im Innenausschuss)“ des
Abteilungsleiters Polizei im Ministerium für Inneres und Kommunales.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL

Haroldstr. 5, 40213 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01

Telefax 0211 871-3355

poststelle@mik.nrw.de

www.mik.nrw.de

**„Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales
zum Einsatz der Polizei aus Anlass demonstrativer Aktionen in
Dortmund am 23. August 2014
(Stand: 28.08.2014, Aktuelle Viertelstunde im Innenausschuss)“**

Der vorliegende Bericht basiert auf der Berichterstattung des Polizeipräsidiums Dortmund und auf eigenen Erkenntnissen.

Allgemeine Lage im Vorfeld

Für den 23. August 2014, im Zeitraum 15.00 bis 18.00 Uhr, wurde durch die Partei „Die Rechte“ aus Anlass des zweiten Jahrestages des Verbotes des Vereins „Nationaler Widerstand Dortmund“ eine Mahnwache in der Dortmunder Innenstadt zum Thema „Gegen Vereins-, Versammlungs- und Stadionverbote! Für Meinungsfreiheit!“ angemeldet. Der Anmelder erwartete 50 Teilnehmer.

Der Versammlungsort „Katharinenstraße, oberhalb der Freitreppe“ wurde bestätigt, wobei der genaue Aufstellort am Veranstaltungstag zwischen Polizei und Versammlungsleiter abgestimmt werden sollte.

Aufgrund von Hinweisen im Internet im Vorfeld der Versammlung war nicht auszuschließen, dass Teilnehmer der Versammlung der Partei „Die Rechte“ bei der Veranstaltung gelbe T-Shirts mit der Aufschrift „Die Rechte Stadtschutz Dortmund“ tragen würden. Die Versammlungsbestätigung enthielt den rechtlichen Hinweis, dass das Tragen von solchen T-Shirts aus Sicht der Staatsanwaltschaft Dortmund den Anfangsverdacht eines Verstoßes gegen das Uniformierungsverbot nach dem Versammlungsgesetz darstelle. Die rechtlichen Schritte der Partei „Die Rechte“ gegen diesen Hinweis hatten beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen und beim Oberverwaltungsgericht Münster keinen Erfolg.

Gegen die Versammlung der Partei „Die Rechte“ wurde eine Gegenveranstaltung in Form eines Aufzuges mit Kundgebungen in der Dortmunder Innenstadt durch den

Dachverband **SLADO** (Dachverband schwuler, lesbischer und transidenter Vereine und Initiativen in Dortmund) unter dem Motto „Für Respekt und Vielfalt“ mit bis zu erwarteten 300 Teilnehmern angemeldet.

Darüber hinaus wurde durch das Bündnis „**BlockaDO**“ im Internet zur Blockade des Kundgebungsortes und Verhinderung der Demonstration der Partei „Die Rechte“ aufgerufen. Eine Versammlungsanmeldung erfolgte nicht. Nach Prüfung durch die Staatsanwaltschaft wurde ein entsprechendes Strafverfahren wegen des Anfangsverdacht des öffentlichen Aufforderns zu Straftaten (§ 111 StGB) eingeleitet.

Besetzung der ehemaligen St.-Albert-Magnus-Kirche am 22.08.2014

Am Freitag, 22.08.2014, um 22.31 Uhr, wurde der Polizei durch einen Anrufer bekannt, dass sich mindestens zwei Personen Zugang zu einer ehemaligen Kirche in der Dortmunder Nordstadt, Enscheder Straße 11-15, verschafft hatten. Bei dem Gebäude handelt es sich um die ehemalige St.-Albert-Magnus-Kirche, deren Widmung als Kirche seit 2007 aufgehoben worden ist. Erste am Einsatzort eingetroffene Einsatzkräfte meldeten, dass aus diesem Gebäude insgesamt drei Plakate mit der Aufschrift "Freiräume schaffen jetzt", "Besetzt" und "Freiräume erkämpfen" an der Außenfassade aufgehängt waren. Im Internet wurde ein Bekenntertext mit der Überschrift "Dieses Haus ist besetzt" veröffentlicht. Die Zugänge in das Gebäude waren verschlossen, Hinweise zu den Personen im Gebäude konnten nicht erlangt werden.

Kurz vor 23.00 Uhr meldete eine Abgeordnete des Landtags NRW der Partei "Die Piraten" eine Mahnwache zum Thema „Solidarität mit den Besetzern der Albert-Magnus-Kirche“ für die Dauer der Nacht vor der ehemaligen Kirche an. An der störungsfrei verlaufenen Versammlung nahmen in der Spitze bis zu ca. 50 Personen teil. Sie wurde am Samstag, 23.08.2014, 12.05 Uhr, beendet. Der Pfarrer informierte die zuständige Polizeiinspektion fernmündlich, dass er sich für eine Woche mit der Hausbesetzung einverstanden erklärt habe. Ein Strafantrag wurde nicht gestellt.

Am 23.08.2014, um 03.17 Uhr, meldete die Partei "Die Rechte" beim Polizeipräsidium Dortmund per E-Mail eine Versammlung mit Aufzug zum Thema „Keine Freiräume für kriminelle Linksextremisten! Das besetzte Haus räumen!“ für den gleichen Tag, im Zeitraum von 18.00 Uhr bis 22.00 Uhr, mit zu erwartenden 60 Teilnehmern an. Der Aufzug

sollte sich an die angemeldete Kundgebung der Partei "Die Rechte" anschließen und über innerstädtische Straßen zu dem besetzten Gebäude in der Dortmunder Nordstadt führen. Mit dem Anmelder wurde anstatt eines Aufzuges eine Kundgebung an der Einmündung Stahlwerkstraße/Ecke Ostermärsch (gegenüber der Einmündung Enscheder Straße) kooperiert.

Verlauf der Versammlungen/Sitzblockaden im Bereich Katharinenstraße am 23.08.2014

Versammlung BlockaDo 1

Vor Beginn der Versammlung der Partei „Die Rechte“ fanden sich bereits ab 13.00 Uhr ca. 350 Personen des linken/bürgerlichen Spektrums (Bündnis BlockaDO) auf der Katharinenstraße im Bereich der Freitreppe ein. Eine Anmeldung einer Versammlung erfolgte im Vorfeld nicht.

Nach Aufforderung durch eine unbekannte Person über Lautsprecher, jetzt mit einer Blockade zu beginnen, setzte sich die Personengruppe in Bewegung und begab sich mittig auf die Katharinenstraße, zwischen Freitreppe und Einmündung Kampstraße. Eine Zugangsmöglichkeit für Passanten bzw. die Passierbarkeit zur Katharinenstraße/Freitreppe war weiterhin gegeben.

Nachdem die Personengruppe durch Einsatzkräfte vor Ort angesprochen worden war, wurde durch einen Abgeordneten des Landtages NRW der Partei „Die Piraten“ um 13.45 Uhr eine Kundgebung zum Thema „Aktueller Anlass gegen Rechts“ angemeldet. Im Kooperationsgespräch wurde die Auflage erteilt, die Kundgebung spätestens um 14.45 Uhr zu beenden. Darüber hinaus wurde der Kundgebungsort räumlich beschränkt. Aufgrund des Verdachts des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz (Durchführung einer nicht angemeldeten öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel) wurde eine Strafanzeige gegen diesen Landtagsabgeordneten erstattet.

Nach Beendigung der Versammlung mit in der Spitze bis zu 300 Teilnehmern um 14.40 Uhr durch den Versammlungsleiter erging durch ihn an die nunmehr ehemaligen Teilnehmer der Versammlung die Aufforderung, sich unterzuhaken und auf der Mitte der Katharinenstraße (möglicher Kundgebungsort der Partei „Die Rechte“) sitzen zu bleiben.

Die Personen kamen dieser Aufforderung nach. Diese Aktion wurde seitens des Polizeipräsidiums Dortmund als neue Versammlung bewertet. Daher ergingen drei Auflösungsverfügungen. Nach der dritten Auflösungsverfügung erfolgten beweissichernde Videoaufnahmen. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit wurde auf die Räumung der Platzfläche verzichtet. Eine Strafanzeige wegen des Verdachts eines Verstoßes gegen das Versammlungsrecht sowie Ordnungswidrigkeitenanzeigen wurden gegen alle Versammlungsteilnehmer erstattet. Der strafrechtliche Sachverhalt liegt der Staatsanwaltschaft zur Prüfung vor.

Versammlung BlockaDo 2

Gleichzeitig wurde gegen 13.45 Uhr durch ca. 50 Personen ein möglicher Zugang zum Kundgebungsort der Partei „Die Rechte“, Katharinenstraße/Einmündung Schmiedingstraße, durch eine Sitzblockade teilweise blockiert. Im Vorfeld erfolgte ebenfalls keine Anmeldung dieser Versammlung. Sie wurde durch die Versammlungsleiterin (MdL), die bereits in der Nacht zuvor die Versammlung vor der St.-Albert-Magnus-Kirche angemeldet hatte, im Namen des Bündnisses „BlockaDo“ mit dem Thema „Gegen Homophobie und die Rechte in der Schmiedingstraße“ nun vor Ort angemeldet. Die Versammlung wurde um 16.02 Uhr beendet.

Aufgrund des Verdachts des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz (Durchführung einer nicht angemeldeten öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel) wurde gegen die Landtagsabgeordnete ebenfalls Strafanzeige erstattet.

Versammlung des Dachverbandes SLADO

Die Auftaktkundgebung begann um 14.15 Uhr auf der Straße „Friedhof“ (im Bereich des Straßenfestes „Christopher Street Day“) mit ca. 400 Teilnehmern, darunter auch der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund. Gegen 14.25 Uhr setzte sich der Aufzug in Bewegung und erreichte ca. 30 Minuten später den Abschlusskundgebungsort unterhalb der Freitreppe Katharinenstraße/Königswall. Die störungsfrei verlaufene Versammlung wurde um 15.37 Uhr beendet.

Die Versammlung SLADO war die einzige Gegenveranstaltung, die ordnungsgemäß angemeldet war.

Versammlung der Partei „Die Rechte“

Aufgrund der oben dargestellten Gegendemonstrationen wurde mit dem Versammlungsleiter der Partei „Die Rechte“ als Kundgebungsörtlichkeit der Bereich Kampstraße/Einmündung Katharinenstraße vor Ort kooperiert. Die Versammlung begann um 15.51 Uhr mit bis zu 85 Teilnehmern. Ein kleiner Teil der Teilnehmer trug gelbe T-Shirts ohne Aufschrift, einige Personen trugen gelbe T-Shirts mit der Aufschrift: „Sommer Gewitter Protestaktion“, ohne strafrechtliche Relevanz.

Durch Raumschutzkräfte konnte eine größere Anzahl von Personen des linken Spektrums (teilweise verummmt) aus den Gegendemonstrationen daran gehindert werden, zu der Versammlung der Partei „Die Rechte“ durchzudringen. Von ihnen wurden vereinzelt Flaschen in Richtung der Versammlung der Partei „Die Rechte“ geworfen; Einsatzkräfte wurden getroffen, jedoch nicht verletzt. Strafanzeigen wurden gefertigt.

Die Atmosphäre war nach Einschätzung der Kräfte vor Ort insgesamt aufgebracht und aggressiv. Die Versammlung der Partei „Die Rechte“ wurde um 16.37 Uhr beendet.

Angriffe auf Polizeibeamte

Die Abreise dieser Versammlungsteilnehmer wurde durch eine mittlerweile auf ca. 200 Personen angewachsene Gruppe, Teilnehmer der Gegendemonstrationen, massiv behindert und konnte nur durch intensiven Kräfteinsatz der Bereitschaftspolizei und durch Bilden einer trennenden Polizeikette ermöglicht werden. Die ehemaligen Versammlungsteilnehmer „rechts“ begaben sich geschlossen und in enger Begleitung von Einsatzkräften zum U-Bahn-Haltepunkt Westentor und von dort zum kooperierten Kundgebungsort in der Nähe der ehemaligen St.-Albert-Magnus-Kirche.

Auf dem Weg zur U-Bahn wurden im Bereich U-Bahn-Haltestelle Westentor Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei durch nicht identifizierte Personen des linken Spektrums mit einer unbekannt gelben Flüssigkeit besprüht bzw. beworfen. 13 Beamte wurden an Helm und Oberbekleidung getroffen. Sie klagten anschließend über Rötungen der Haut/Augen und Reizungen der Atemwege und wurden leicht verletzt. Eine Strafanzeige gegen Unbekannt wurde gefertigt. Gleichzeitig wurde durch einen Teilnehmer der ehemaligen Versammlung der Partei „Die Rechte“ Pfefferspray in Richtung des linken

Spektrums, über die Einsatzkräfte hinweg, versprüht. Davon waren nach derzeitigem Erkenntnisstand ebenfalls die oben genannten 13 Polizeibeamten betroffen. Der Tatverdächtige konnte im weiteren Verlauf identifiziert werden. Eine Strafanzeige wurde erstattet. Die Ermittlungen zu den Sachverhalten dauern an. Die verletzten Einsatzkräfte begaben sich selbstständig in ambulante Behandlung in ein Dortmunder Krankenhaus.

Verlauf der Versammlung der Partei „Die Rechte“ vor der ehemaligen St.-Albert-Magnus-Kirche

Auf dem Weg von der U-Bahn-Haltestelle „Enscheder Straße“ bis zur Kundgebungsörtlichkeit Stahlwerkstraße/Ostermärsch wichen gegen 17.20 Uhr die Teilnehmer der Partei „Die Rechte“ unvermittelt von der Wegführung ab und begaben sich in den Nahbereich der ehemaligen Kirche. Von ihrem Dach aus wurden die ca. 60 Teilnehmer der Partei „Die Rechte“ sowie Polizeivollzugsbeamte durch nicht identifizierte Personen des linken Spektrums mit Steinen (bis zu Backsteingröße) beworfen. Durch Zufall wurde niemand getroffen. Herumfliegende Steinsplitter verletzten angeblich zwei Teilnehmer der Versammlung der Partei „Die Rechte“. Zwei Fahrzeuge wurden durch Steinwürfe beschädigt. Beweissichernde Maßnahmen (Videoaufnahmen) wurden in diesem Zusammenhang durchgeführt. Eine Strafanzeige wurde gefertigt. Die Staatsanwaltschaft Dortmund ermittelt.

Nach Aufforderung begaben sich die Versammlungsteilnehmer der Partei „Die Rechte“ zur ursprünglich kooperierten Versammlungsörtlichkeit „Stahlwerkstraße/Ostermärsch“. Die dortige Versammlung wurde um 18.30 Uhr beendet.

Polizeiliche Maßnahmen

Es wurden bislang 25 Strafverfahren eingeleitet. Davon richten sich 16 Strafverfahren gegen Angehörige des linken/bürgerlichen Spektrums und acht gegen Angehörige des rechten Spektrums. Eine Straftat konnte noch keiner Gruppierung zugeordnet werden. Die bisher vorliegenden Strafverfahren umfassen Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, Körperverletzungsdelikte, Widerstandsdelikte, Beleidigungen sowie Bedrohungen.

Es erfolgten zwei Festnahmen von Angehörigen des linken Spektrums zur Identitätsfeststellung. Sie wurden noch vor Ort entlassen.

Eingesetzte Kräfte

Dem Polizeipräsidium Dortmund standen zur Bewältigung des Einsatzes ca. 330 Polizeibeamtinnen und -beamte, davon ca. 160 Beamte der Bereitschaftspolizei, zur Verfügung.

Verletzte Polizeibeamte

Insgesamt wurden anlässlich der demonstrativen Aktionen 14 Polizeibeamtinnen und -beamte verletzt. Neben den dargestellten 13 Verletzten durch eine unbekannte Flüssigkeit bzw. Pfefferspray wurde ein Beamter durch einen Teilnehmer der Versammlung der Partei „Die Rechte“ mit der Faust geschlagen und dabei leicht verletzt. Eine Strafanzeige wurde erstattet.

Verletzte Demonstranten

Außer den dargestellten zwei verletzten Teilnehmern der Versammlungen der Partei „Die Rechte“ liegen dem Polizeipräsidium Dortmund derzeit keine Hinweise darauf vor.

Bewertung des Polizeieinsatzes

In der Dortmunder Innenstadt nahmen mehrere hundert Demonstranten ihr Recht auf Versammlungsfreiheit friedlich wahr. Das Einsatzkonzept der Polizei war darauf ausgerichtet, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu gewährleisten. Der friedliche Protest gegen die Versammlung der Partei „Die Rechte“ wurde dabei in Ruf- und Hörweite zugelassen. Die überwiegende Mehrheit nahm diese Gelegenheit zum friedlichen Protest wahr. Die auf Deeskalation ausgerichtete Linie der Polizei Dortmund wurde jedoch durch einige Gewaltbereite ausgenutzt, um Straftaten zu begehen. Daher war der Einsatzverlauf durch diese Gewaltanwendungen geprägt.

Die getroffenen Maßnahmen erachte ich als verhältnismäßig.

Wie jeder Einsatz dieser Dimension wird auch dieser Einsatz durch das Polizeipräsidium Dortmund umfänglich nachbereitet.

An dieser Stelle gilt es, den eingesetzten Beamtinnen und Beamten für ihren professionellen und verhältnismäßigen Einsatz Dank auszusprechen und den verletzten Beamtinnen und Beamten gute Genesung zu wünschen.